



17. Mai 2015

CHF 4.40 | EUR 4.20
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 20 | 27. Jahrgang | AZA 8021 Zürich
Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40
Gratisnummer Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr:
0800 808 014

Federer-Express

Roger fegt Stan weg
und ist im Rom-Final

Sport — 29

Urchige Juuzer

Muotataler retten
den Naturjodel

Kultur — 57

Männer mit Bauch

Warum sie attraktiver
sind als Fitnessfanatiker

Gesellschaft — 45

19° Mittelland Nach hochnebelartigen Wolken
rascher Übergang zu sonnigem Wetter.

18° Alpen Nach dichter Bewölkung zunehmende
Auflockerung – viel Sonne am Nachmittag.

25° Tessin Nach einigen tiefen Wolkenfeldern
sonnig und sommerliche Temperaturen.



Pädophilen-Initiative: Umsetzung ist untauglich

Strafrechtsprofessor kritisiert Bundesrat

Bern Die Urheber der Pädophileninitiative bekommen prominente Unterstützung von Strafrechtsprofessor Martin Killias. Er lässt kein gutes Haar an den bundesrätlichen Plänen zur Umsetzung der Vorlage. Killias bezeichnet den diese Woche vorgestellten Entwurf als «Gesetzesmonster», das «die Probleme nicht löst». Es bleibe «unklar», ob die Richter gegen pädophile Ersttäter ein Berufsverbot aussprechen. Doch genau das sei der Kern der Initiative, die das Volk mit grosser Mehrheit angenommen hat: Verurteilte Pädophile sollen nie mehr einen Beruf ausüben können, bei dem sie mit Minderjährigen in Kontakt kommen.

Genau darum focht sich der Bundesrat aus Sicht der Initianten und der SVP. «Es ist zu befürchten, dass mit dem Ausnahmeartikel Personen, die Kinderpornografie aus dem Internet heruntergeladen haben, weiter mit Kindern und Jugendlichen arbeiten dürfen», sagt Marche-Blanche-Initiantin Christine Busat. Und SVP-Nationalrätin Natalie Rickli befürchtet, dass erstmalige Kinderporno-Konsumenten mit dem neuen Gesetz kaum je mit einem Berufsverbot belegt werden. Sie verweist auf die heutige Gerichtspraxis: Meist werden Ersttäter bloss zu bedingten Geldstrafen verurteilt. Rickli: «Solche Täter werden dann als leichte Fälle taxiert.» [Schweiz — 6](#)

Teure Einigung der UBS mit US-Strafbehörden

Washington Die grösste Schweizer Bank wird in den USA erneut zur Kasse gebeten. Fast eine Milliarde Franken muss die UBS abliefern, einerseits weil ihre Mitarbeiter Devisenkurse manipulierten, andererseits weil die Bank als rückfällig im strafrechtlichen Sinn eingestuft wird. Das hat unangenehme Konsequenzen, denn nun muss die UBS in den USA um ihre Lizenzen kämpfen. [Wirtschaft — 36](#)

Glosse

P.S. Der grosse Kasaschock

Es gilt die Unschuldsvermutung. Darum wollen wir an dieser Stelle auch nicht leichtfertig von der gutgläubigen Christa, sondern von der mutmasslichen Frau Markwalder sprechen. Sie erinnern sich: Vermutlich hat Christa «Kalinka» (kasach.: die Glutäugige) Markwalder der Lobbyistin Marie-Louise Baumann von der PR-Firma Burson-Marsteller durch Vermittlung der ahnungslosen Corina Eichenberger Antworten des Bundesrates auf von Baumann formulierte und von Markwalder gestellte sogenannte Fragen weitergeleitet, die Baumann wiederum für ein Honorar von schätzungsweise 7000 Franken in möglicherweise kleinen Scheinen an den kasachischen Auftraggeber Asat Peruaschew weitergeleitet hat.

Ich aber sage Euch: Wer im Bundeshaus sitzt, den soll man nicht mit Scheinen bewerfen. Und an Ihrer Stelle würde ich mich fragen: Wer hat eigentlich sonst noch Burson-Marsteller-Badges am Stecken? Es sind Christophe Darbellay (CVP) und Christian Wasserfallen (FDP) mit je einem. Etwas rätselhafter Natur ist die Vergabepaxis Lukas Reimanns (SVP): Die eine seiner Zugangsberechtigungen hat er Denis Simonet von der Piratenpartei zukommen lassen, die andere Marc Horisberger vom VPUG, dem Verband der Poker-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsspieleanbieter. Die SVP betet inständig, dass es sich bei diesem Verein nicht um eine Tarnorganisation kasachischer Hütchenspieler handeln möge. [Peter Schneider](#)

Markwalder droht Anzeige wegen Spionage

Die Berner FDP-Nationalrätin verliert in der eigenen Partei an Rückhalt

Denis von Burg
und Adrian Schulthess

Bern FDP-Nationalrätin Christa Markwalder muss mit einer Anzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung oder gar wegen verbotenen Nachrichtendienstes für einen anderen Staat rechnen. In der Aussenpolitischen Kommission, aus der sie vertrauliche Dokume-

mente an eine Lobbyistin weitergeleitet hatte, werden entsprechende Schritte vorbereitet. Kommissionsmitglied und SVP-Nationalrat Christoph Mörgele sagt: «Da Frau Markwalder mutmasslich vertrauliche Informationen aus der Verwaltung weitergegeben hat, ist der Verdacht begründet, dass sie das Amtsgeheimnis verletzt hat. Deshalb braucht es eine Anzeige.»

Kommissionspräsident Carlo Sommaruga will die Frage jetzt von der Kommission entscheiden lassen. Für Mörgele ist bereits klar: «Der Kommissionspräsident hat keinen Spielraum.» Notfalls wird Mörgele einen entsprechenden Antrag einreichen. Und dies mit Aussicht auf Erfolg. Denn auch andere Kommissionsmitglieder halten eine Anzeige für richtig, wollen sich aber

nicht äussern, bis Christa Markwalder vom Nationalratsbüro angehört worden ist.

Damit wird Markwalder wohl auch ihre Ambitionen aufs Nationalratspräsidium begraben müssen. In ihrer Partei macht man keinen Hehl mehr daraus, dass sie nicht mehr tragbar wäre, wenn es zu einer Rüge oder gar zu einer Anzeige käme. [Schweiz — 5](#)

Wie weit darf die Fortpflanzungsmedizin gehen?

Präimplantationsdiagnostik: Zwei betroffene Familien im Porträt



Patricia Hägi
und ihre knapp
16-jährige
Tochter Noreen
mit Down-
Syndrom
Foto: Michele Limina

Zürich Die Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik (PID) spaltet die Gesellschaft – und auch die Behindertenorganisationen. Integration Handicap, die Dachorganisation der Behinderten, sagt Ja zur Verfassungsänderung. Anders Insieme Schweiz, die Dachorganisation der Elternvereine für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Sie entschied sich diese Woche gegen die Vorlage – aus «Besorgnis über eine Genforschung, die sich von der menschlichen Würde wegentwickelt».

Wie weit darf die Fortpflanzungsmedizin gehen? «Ich persönlich bin gegen die Präimplantationsdiagnostik», sagt Patricia Hägi, Mutter einer Tochter mit Down-Syndrom. Aber das müsse jeder für sich entscheiden. Mit der Untersuchung stelle sich die Frage, was lebenswert sei. «Sind wir wirklich berechtigt, das zu entscheiden?», fragt sie.

Vor Einsetzen in den Mutterleib werden Embryonen untersucht

Regula und Christoph Gmür, beide Träger eines krankhaften Gens für die Stoffwechselerkrankung zystische Fibrose (ZF), sind klar dafür, die PID in der Schweiz zu erlauben. Mit der Methode werden Embryonen vor dem Einsetzen in den Mutterleib auf Erbkrankheiten wie ZF untersucht. In den meisten Ländern Europas ist sie erlaubt, in der Schweiz jedoch verboten.

Die Wahrscheinlichkeit, ein krankes Kind zu bekommen, liegt beim Ehepaar Gmür bei 25 Prozent. Christoph Gmür weiss, was das bedeutet. Seine jüngere Schwester kämpfte ihr Leben lang gegen die unheilbare Krankheit. Sie erhielt mit 12 Jahren eine Lunge transplantiert und starb mit 19 Jahren. [Schweiz — 2/3](#)

Jetzt soll der Bundesanwalt ermitteln

Nationalrätin Christa Markwalder droht wegen der Kasachstan-Affäre die Aufhebung der Immunität. Auch für FDP-Präsident Philipp Müller gibt es «nichts zu beschönigen»

Adrian Schulthess
und Denis von Burg

Bern Christa Markwalders Chancen, höchste Schweizerin zu werden, schwinden. Nach der Kasachstan-Affäre lässt ihr Parteipräsident Philipp Müller keine Zweifel daran, dass die Berner FDP-Nationalrätin das Kommissionsgeheimnis verletzt hat, weil sie vertrauliche Dokumente aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) weitergegeben hat.

«Fakt ist: Es gilt nichts zu beschönigen. Es ist kein Grauzonenbereich», sagte er in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF. «Das Kommissionsgeheimnis ist verletzt worden.» Ob Markwalder nun noch Ratspräsidentin werden kann, liess Müller offen: «Das entscheide nicht ich, das wird das Parlament entscheiden.»

Innerhalb der Partei ist aber klar, dass Markwalders Kandidatur im Falle einer parlamentarischen Rüge oder gar einer Anzeige gegen sie zurückgezogen wird. Eine solche ist bereits in Vorbereitung. APK-Mitglied Christoph Mörgele hält eine Anzeige für unumgänglich. Kommissionspräsident Carlo Sommaruga will die Kommission darüber entscheiden lassen. Folge wäre eine Untersuchung durch die Bundesanwaltschaft und mindestens ein Verfahren zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität. Eine Kandidatin mit dieser Hypothek will man sich in der FDP nicht leisten.

Die Kasachen wussten vom Kommissionsgeheimnis

Schon die Strippenzieher in der Kasachstan-Affäre ahnten, dass ihnen das Kommissionsgeheimnis in die Quere kommen könnte. «Eine Diskussion des Chrapunow-Falls in der Kommission ist wichtiger [als die Interpellation, die Red.], aber sie ist vertraulich», schrieb die Burson-Marsteller-Lobbyistin Marie-Louise Baumann am 15. Juni 2013. Im Mailverkehr ging es um die Frage, wie FDP-Nationalrätin Christa Markwalder den Stand eines Verfahrens gegen den in Genf lebenden Regimegegner Wiktor Chrapunow am besten thematisiert. Das Mail ging an Dmitry, einen Mitarbeiter von Philip Mor-



FDP-Politikerin Christa Markwalder: Nationalratspräsidium in Gefahr

Foto: Keystone

ris Kasachstan und Übersetzer des kasachischen Politikers Asat Peruaschew. Keine neun Stunden später gab er Baummanns Einschätzung auf Russisch weiter an seinen Boss. Unbekannte haben die Mails ins Netz gestellt.

Christa Markwalder wählte am Ende beide Varianten: Sie thematisierte das Verfahren sowohl in einer Interpellation als auch in einer Frage, die sie in der APK einreichte. Die schriftliche Antwort darauf «teilte» sie mit der Lobbyistin, wie Markwalder in der letzten Ausgabe der Sonntagszeitung gestand. Vier APK-Antworten landeten in Kasachstan.

«Übersetzer» Dmitry gab sich auf Anfrage wenig gesprächig. «Asat Peruaschew ist ein Bekannter von mir. Ich habe ihn von 2013 bis 2015 beim Kontakt mit der Burson-Marsteller-Beraterin Marie-Louise-Baumann unterstützt», schreibt er per Mail. Und betont, dass Philip Morris «kein Interesse» an der kasachischen Lobbyarbeit an Schweizer Politikern habe.

Hinter dem Mandat steckten Asat Peruaschew und seine Partei Ak Schol, die vordergründig liberal-oppositionell, tatsächlich wohl regimetreu ist. In einem knapp sechseitigen Schreiben an die Sonntagszeitung nahm Peruaschew diese Woche Stellung.

«Weder in Kasachstan noch, so hoffe ich, in der Schweiz ist der Handel mit Tätigkeiten von Parlamentariern akzeptabel», schreibt der kasachische Politiker. Er habe für die Arbeit Burston-Marstellers bezahlt, nicht für die Interpellation selber. Nach wie vor zeigt er sich begeistert über die Lobbyingarbeit. «Der Vorstoss von Frau Christa Markwalder im Nationalrat knüpfte an unseren breiten Kampf gegen die Korruption an», schreibt Peruaschew. «Wir sind ihr und unseren Beratern dafür sehr dankbar», schreibt er an einer anderen Stelle.

Auf konkrete Nachfragen – etwa, wie er die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses und die Einmischung in die Schweizer Demokratie rechtfertigt – reagiert Peruaschew beleidigt. Für weitere Kommentare, schreibt er in einem zweiten Brief, sehe er keine Gründe.

Marionetten geheimer Geldgeber

Gerade im Ständerat sind viele Politiker Interessen- statt Volksvertreter. Nicht alle haben ihre Abhängigkeiten transparent gemacht

Bern Der Fall Markwalder verdeckt, dass Parlamentarier selbst Lobbyisten sind. Das weisen nicht alle National- und Ständeräte eindeutig aus. Doch die Verflechtungen und finanziellen Abhängigkeiten der angeblichen Volksvertreter haben weitreichende Folgen.

«Ich bin ein Sprachrohr der Versicherungswirtschaft», gibt der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht (SVP) unumwunden zu. Aber auch er deklariert das nicht genau, sondern gibt als Beruf nur «Relation Manager» an. Anders als im Handelsregister angegeben, habe er jedoch keine Funktion mit Zeichnungsberechtigung bei der Baloi-

se mehr inne, versichert Kuprecht. Dass er aber noch bei der Versicherung angestellt ist, verschweigt Kuprecht auf den Websites des Parlaments. Er muss das auch nicht angeben – sofern er keine Führungsfunktion bekleidet. Ebenso wenig müssen die Parlamentarier deklarieren, von wem sie ein Mandat übernommen haben.

So ist nicht ersichtlich, wie stark der Freiburger Ständerat Urs Schwaller (CVP) mit den Pensionskassen verhandelt ist. Und auch, dass seine Aargauer Ratskollegin Christine Egerszegi (FDP) eine Verbindung zu den Pensionskassen hat, ist nur auf den zweiten

Blick zu erkennen: Sie gewährt Hanspeter Konrad, Direktor des Pensionskassenverbandes, Zutritt zum Bundeshaus.

Altersreform 2020 droht an Lobbyisten zu scheitern

Welche Folgen es haben kann, wenn Politiker auf den Lohnlisten von Unternehmen und Verbänden stehen, zeigt die Altersreform 2020: Neben den genannten Ständeräten weisen fünf weitere «Kantonsvertreter» in der für die Altersreform zuständigen Sozialkommission (SGK-S) einen Konnex zur Versicherungswirtschaft auf, also die Mehrheit der 13 Mitglieder.

Auch wenn die SGK-S erst nächste Woche die Reform berät, dürfte die Meinung bei der «Legal Quote» gemacht sein. Hier geht es darum, wie gross der Anteil sein darf, den die Versicherungen zu Lasten der Altersguthaben einbehalten dürfen. Sprich: wie viel Gewinn sie abschöpfen können. Linke und Gewerkschaften wollen den Anteil verringern, die Versicherungen wollen ihn behalten.

Wer also im Sold der Versicherungen steht, kann nur eine Haltung haben: «Die Versicherungen brauchen eine Legal Quote in der bestehenden Höhe», sagt Kuprecht. Schon vor vier Jahren

schickte die SGK-S unter seiner Leitung die Beschneidung der Pensionskassengewinne entgegen der Schwesterkommission des Nationalrats bachab. Und entgegen der grossen Kammer versenkte dann auch das Stöckli das Vorhaben.

Politiker sollen angeben, in welchem Sold sie stehen

Unser Milizsystem lebt davon, dass Bauernvertreter mit Umweltschützern, Gewerkschaften und Gewerblern Kompromisse finden. Auf diesen Ausgleich setzt auch Sozialminister Alain Berset mit seinem Altersreformpaket, bei dem jede Seite etwas erhält, jedoch auch

jede etwas abgeben muss. Wenn aber die Parlamentarier nur im Sinne der Geldgeber entscheiden, drohen Grossreformen zu scheitern.

Mit mehr Transparenz versuchen Parlamentarier zu verhindern, dass Politiker als Marionetten geheimer Geldgeber entscheiden. Einen neuen Anlauf nimmt CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Sie reicht einen Vorstoss ein, der die Politiker dazu verpflichtet soll, zu deklarieren, in wessen Sold sie stehen. Es sollen sämtliche Arbeitgeber ausgewiesen werden müssen – selbst wenn Parlamentarier nur ein Mandat der Firma innehaben. Pascal Tischhauser